

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

1921 Nr. 370

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Abonnementpreis: für halbes und vollständige Jahressubskription monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50, halbjährlich Mk. 8,50, jährlich Mk. 16,50. Druck der Post bezogen täglich postl. Bestellsch. **Sonntag-Ausgabe** Sonntag, 14. August **Anzeigenpreis:** Die Spalte, 10 mm breit, 20 mm hoch, 10 C. Die Spalte, 20 mm breit, 10 mm hoch, 10 C. **Geschäftliche Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurzbüro Nr. 6900 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlat u. Druck von Otto Hehle, Halle-Saal.

Wohbau der Sanktionen

Militärische Besetzung bleibt!

Paris, 13. August. (Sonderbericht.) Die Sitzung des Obersten Rates begann um 10 Uhr. Die Verhandlungen wurden von den militärischen Sachverständigen geleitet, unter denen sich Vortisch, General Bogaard, General Allen, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsstruppen am Rhein befinden. Außerdem ist Brandt eingeladen. Auf der Tagesordnung steht außer anderen Fragen die Frage der Sanktionen.

Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter der Reserve aufzuheben, daß Deutschland am 11. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. 1 Milliarde Goldmark bezahlt gemäß dem Ultimatum von London. In einer eindrucksvollen Rede von Ministerpräsident Briand wurde beschlossen, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Das Ergebnis

In den Verhandlungen des Obersten Rates stand die oberste militärische Frage weitans im Vordergrund des Interesses. Ihre Erörterung war nicht nur dem deutschen Standpunkt von der allergrößten Bedeutung, sondern zugleich auch ein Schlüssel für den inneren Zusammenhalt der Entente.

Nachdem die Abstimmung in Oberösterreich eine übermächtige Mehrheit für Deutschland gebracht hatte und der Nachweis geführt war, daß Oberösterreich eine wirtschaftliche Einheit darstellt, die mit Deutschland und nicht mit Polen zusammenhängt, hätte das gesamte Abstimmungsgebiet auf Grund des Versailler Vertrages vom Obersten Rat dem Deutschen Reiches angeprochen werden müssen. Jede Teilung desselben bedeutet eine Vertragsverletzung und einen Raub weiterer deutscher Gebietsteile. Die Verhandlungen des Obersten Rates aber drehten sich ausschließlich um die Frage, in welcher Art die Teilung sein sollte, über eine Teilung selbst waren sich alle Völkereinig. Das ist, vom Rechtsstandpunkt gesehen, ein Streik um die Frage, wie der Vertragsbruch am geschicktesten zu bemänteln wäre. Das Deutsche Reich aber darf keine Entschädigung des Obersten Rates anerkennen, welche Oberösterreich auch nur zu einem geringen Teile an Polen fallen ließe.

Wit der Annahme des Wälderbundes ist eine weitere Verschärfung der Entscheidung eingetreten, und über das unglückliche Abstimmungsgebiet wird aber vorausgesetzt, daß eine neue Zeit schwerer Leiden heraufbesinne. Während England die Zustimmung zweifelslos dazu benutzen wird, um im Wälderbund eine ihm genehme Erleichterung der oberösterreichischen Frage vorzubereiten, wird Frankreich im Verein mit Polen gewiß auf die Schaffung sogenannter „vollendeter Tatsachen“ hinarbeiten. Es mußte auffallen, daß im Obersten Rat außerordentlich wenig über die Entsendung französischer Truppen nach Oberösterreich gesprochen wurde, also über die Frage, die für Frankreich noch vor wenigen Wochen so bedeutungsvoll gewesen war, daß letztere wegen ihrer Polen nach Berlin gefandt wurden. Wenn diese Frage jetzt zurückgetrieben ist, dann kann man wohl annehmen, daß Polen in der Zwischenzeit selber so stark gerüstet hat, um seine Tatsachen schaffen zu können. Damit fallen aber auch die letzten Schritte von der unruhigen französischen Absicht der Entsendung von Truppen nach Oberösterreich — zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung des Obersten Rates. — Ob die deutsche Regierung aber aus dieser Sachlage, die durch polnische Mobilisierungen täglich weiter aufgehellt wird, die nötigen Folgerungen zum Schutze deutschen Reichsbodens zu ziehen gedenkt, muß dagegen fraglich bejaht werden. Schon die nächsten Tage dürften nicht mehr frei sein von kriegerischen Ereignissen an der oberösterreichischen und der ostpreussischen Grenze.

Neben dem deutschen Interesse ist aber auch die Bedeutung nicht zu übersehen, welche die oberösterreichische Frage auf der Tagung des Obersten Rates in Paris an der Weltpolitik einnimmt. Wohl noch nie vorher hat sich so klar in aller Öffentlichkeit gezeigt, wie stark einerseits die britischen und französischen Interessen auseinandergehen, und wie dringend andererseits auf beiden Seiten der Wunsch besteht, es noch nicht zu einem völligen Bruch kommen zu lassen. Bei dieser Meinungsverschiedenheit der beiden Ententemächte spielt auf englischer Seite das materielle Moment in der oberösterreichischen Frage gewiß die untergeordnete Rolle, wiewohl es für England auch keineswegs gleichgültig ist, ob Frankreich (Polen) noch mehr Verfügungsberechtigungen über deutschen Bergbau erhält und damit noch weiterhin den englischen Kohlenabbau zu beeinträchtigen vermag. Für England bleibt vielmehr jetzt in erster Linie sein politischer Einfluß auf dem europäischen Festlande auf dem Spiele, der durch die französische Währungsdepression ständig zurückgedrängt zu werden droht. Es handelt sich für England jetzt bereits um eine Frage seines Weltreiches als Weltmacht, und vor allem um diejenige Weltmacht, die für es zu bestehen, daß Lloyd George, der sonst an chronischen Umfällen leidet, diesmal so hartnäckig auf seiner Ansicht bestehen blieb. Wie er auf dieser Konferenz das britische Reich vertrat, ist schlechthin meisterhaft zu nennen. Zunächst verstand er es, als alleiniger Vertrauensmann Englands, und seiner sämtlichen Dominions, von denen einige stark nach Amerika gravitieren, zur Barriere Konferenz gelangt zu werden. Auf diese Weise war die absolute Einseitigkeit Großbritanniens gegenüber Frankreich und — Amerika abgewahrt. Sodann erreichte es Lloyd George, obwohl Italien als auch Japan auf seine Seite zu ziehen und damit Frankreich zu isolieren. Briand hatte sehr bald die Gefahr erkannt, in die er dadurch von Lloyd George gebracht war, und es zog es nicht nur vor, die vorher laut

Der Wiederhall der Konferenz

Die offizielle Havas-Befriedigung

Paris, 13. August. Havas' verbreitet die folgende Erklärung: Die Vermittlung der Zeitung Oberösterreichs an den Wälderbund wurde in französischer Konferenz freudig aufgenommen, daß diese wichtige und doppelte Frage damit aus dem Bereich der Befriedigung aussteigt. In der Tat standen sich auch noch ungelöste Fragen der englischen und französischen Auffassung gegenüber. Die Lage schien nur durch eine Vermittlung zu klären, insofern Italien auch Japan sich zu dem englischen Vorschlag bekamen, während Frankreich allein seine Ansicht nicht äußern erhielt, weil eine solche Grenzführung für Polen ein großer Gewinn (1) wäre. Trotz aller Gründe, die ihm seine Stellung zu gebührender Achtung machte, konnte Frankreich sich nicht mit dem Vorschlag einverstanden erklären. Der Rat des Obersten Rates zum Schlichten gebracht zu haben, ist in der Lage, die Rat sich verhalten hatte, um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dabeist. Daraufhin erklärte er sich mit dem Vorschlag einverstanden, nur durch seine Zustimmung zum Wälderbund, der Ordnung und bis zur Entscheidung und sohn zur Durchführung der Entscheidung wurde Frankreich, Italien und England Verträge einenden und dabei auf dem Standpunkt zurückgeblieben, den bereits der dem Zusammenhalt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten sollte. Um die ganze Sitzung nach dem obenstehenden, langgefragt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen werde, die durchaus unparteiisch ist, und von keiner Seite angefochten werden kann. Diese offizielle Erklärung, die in starkem Gegensatz zu den französischen Äußerungen steht, zeigt die ganze französische Befriedigung, die durchaus Oberösterreich den Polen in die Hände spielen wollte.

zu machen, um seine Sache zum Siege zu führen. In diesem oberösterreichischen Prozeß ist ihm Frankreich ausgeliefert. Man hätte dem englischen Staatsmann die Überzeugung beibringen müssen, daß die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles fürzuhalten, Frankreich nicht zögern werde, auf dem rechten Kleinfuß zu handeln, mit einem Wort, man hätte die Politik anwenden müssen, die Ministerpräsident Millerand am 6. März 1920 definiert hat und die man seit Jahren gradweise abstrahlte. Frankreich habe auf das Recht der direkten Forderung verzichtet. Zudem man den Wälderbund anerkennen, die man zu allen Kosten, die in England und anderwärts seit dem Waffenstillstand gegen Frankreich arbeiten, noch eine hinzu. Man habe weder die Entente Cordiale noch den Obersten Rat gerettet.

Das „Journal“ hebt hervor, daß die Ueberweisung an den Wälderbund eine um 10 erweiternde Ladung sei, als sie zur ersten Folge habe, auf neue Anzeichen von den intellektuellen Vertretungen zu entscheiden, nachdem man seine Rückkehr mit um 10 größerer Freude begrüßt habe. Das Blatt will Briand seinen Vorwurf machen, denn er habe den Intereffen Frankreichs mit der ganzen Macht seiner Überzeugung gebietet, aber er sei auf die hartnäckige und vorgesetzte Meinung von Lloyd George und Lord Curzon gestoßen, die sich immer mehr und mehr zu verschärfen der Beschlüsse Deutschlands aufweisen. Briand habe es zum Zweck kommen lassen oder den Ausweg annehmen müssen, den Lloyd George ihm angeboten habe. Das Blatt ist insofern zufrieden, als es erklärt, die lange Erfahrung lehre, daß in der Politik Zeit gewinnen, viel gewinnen heiße.

Was die englische Presse sagt

Eine Beurteilung des Obersten Rates.

London, 13. August. Die Vermittlung der oberösterreichischen Frage an den Wälderbund wird von den Wäldern allgemein begrüßt, weil hierdurch der Bruch der Entente vermieden und der Autorität des Wälderbundes Anerkennung zuteil werde. „Daily Telegraph“ schreibt, er glaube, der drohende Bruch sei vermieden, Europa also wieder etwas leichter. Das oberösterreichische Problem sei nicht gelöst aber auf jeden Fall überunden. Der Berichtshatter des „Daily Telegraph“ sagt, er glaube, daß die Entscheidung des Problems wohl nicht sehr von den Prinzipien die der Soziallinie zu Grunde liegen. Die „Times“ schreibt: Die Konferenz des Obersten Rates in Paris habe mit Risiko geendet. Um die ersten internationalen Folgen zu vermeiden, die aus der ungenügenden Befähigung der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Meinung entstehen würden, sei beschlossen worden, die oberösterreichische Frage an den Wälderbund zu verweisen. Ein einseitiger Versuch sei dadurch vermieden worden. Die Tatsache sei jedoch bemerken, daß innerhalb der Entente zwei einander fast gegenüberstehende Ansichten bezüglich der Haltung, die Deutschland gegenüber angenommen werden müsse, vorhanden seien. Die Vermittlung der oberösterreichischen Frage an den Wälderbund sei ein Zugeständnis des Vorkriegs jener äußerst anormalen Einrichtung „Oberster Rat“, der der Entente schwerere Sanktionen auferlegt habe, als in Arise die schlimmsten Feinde. Die „Times“ erklärt, die oberösterreichische Frage sei jetzt nicht mehr die brennende Frage der englisch-französischen Beziehungen, sondern das Problem, das im Interesse des Weltfriedens am wenigsten gelöst werden müsse. Das Blatt meint, die Tagung des Obersten Rates sei vorher, er habe jetzt zugesehen, aber er veraltet sei. Er füge seine Autorität dem Wälderbunde. „Daily News“ erklärt, der Beweggrund, an den Wälderbund heranzutreten, sei nicht nur ein Ziel der Selbsthaltung gewesen, sondern der letzte Zufluchtsort in der verworrensten Lage. Der Oberste Rat werde durch seinen Tod der Entente mehr Nutzen bieten als durch seine ungenutzte Streitigkeiten.

Die unzufriedene französische Presse

Paris, 13. August.

Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit der Ueberwindung der oberösterreichischen Frage an den Wälderbund. „Le Petit Parisien“ schreibt, von den Wäldern, die am Obersten Rat teilgenommen haben, habe einzig und allein Frankreich seine Anwendungen gemacht, mit dem Dogma der Unteilbarkeit des Wälderbundes zu brechen. Frankreich allein sei die Verantwortung der Teilung gemäß dem Ergebnis der Vollversammlung eingetreten. Die britische Delegation habe zum Schluß wieder genommen, was sie vorher angedeutet gegeben. Die Tatsache, daß England, Italien und Japan ansehend den gleichen Standpunkt vertreten haben, könne die einmütige Meinung Frankreichs nicht erschüttern. Wenn aber Frankreich recht und Recht hat, so hat sich zu zeigen, und wenn es sich weigert, sich dem anzuschließen, was es als falsche Auslegung ansehe, könne man ihm nicht den Vorwurf machen, durch seine eigene Unentscheidbarkeit die Wälderbundfrage in Europa verhängelt zu haben. Die französische Regierung Frankreichs sei ansehend genötigt, sich dem Schicksal des Wälderbundes zu fügen, selbst wenn er nicht einmütig, sondern mit Stimmenmehrheit abgelesen werde. Das sei ein wesentlicher Punkt, der unterstrichen werden müsse. Frankreich habe, wenn es wolle Obstruktion treiben. Das werde es aber nicht tun.

„Le Petit Parisien“ schreibt in „Echo de Paris“: Um zu dem Ergebnis in der Teilungsfrage zu kommen, haben sich Briand und Lloyd George auf ein Verfahren eingelassen, das über kurz oder lang das Aufgeben der französischen Meinung nach sich ziehen werde. Es sei bedenklich, zu denken, daß die Regierung von Berlin, die es nur auf einen kleinen Teil des himmlischen Reiches erwidere, beitragen solle, das Schicksal dieses wichtigen Reiches von Europa selbst zu fügen. Berlin ist damit unzufrieden, daß die Entscheidung nicht innerhalb des Wälderbundes verhandelt werde und erklärt, daß Briand sich schon im voraus für die Annahme der Lösung verpflichtet habe, die die Mehrheit des Wälderbundes finden werde.

„Le Petit Parisien“ führt in „Echo de Paris“ weiter aus, Lloyd George, der sich schon rühme, daß Italien und Japan seine Idee angenommen hätten, brauche keine solche Anklagen zu

